

NEWS UPDATE



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

AUSGABE MAI 2016

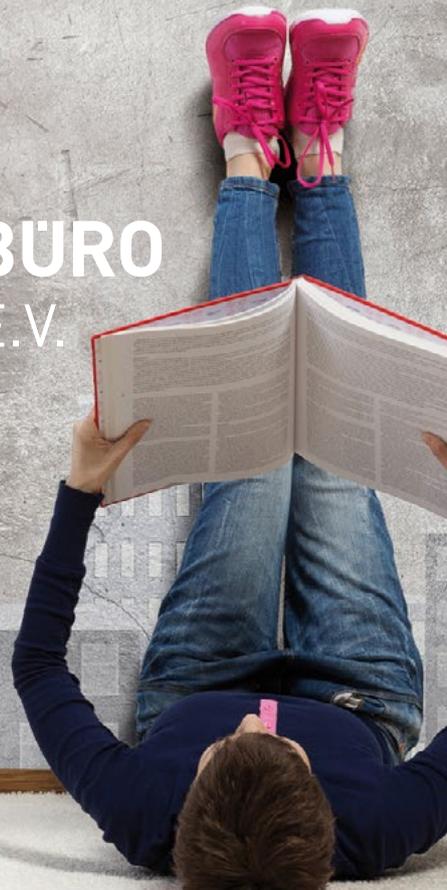


Foto: Fotolia.com

DER NSU UND DIE AUFARBEITUNG IN SÜDWESTSACHSEN

Die Akteur_innen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“(NSU) lebten mehr als zehn Jahre, von 1998 bis 2011, unentdeckt in Chemnitz und Zwickau. Von hier aus töteten Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe vermutlich zehn Menschen und verletzten dutzende Andere durch Bombenattentate und Raubüberfälle teilweise sogar schwer. Laut dem Stand der bisherigen Ermittlungen begingen sie die Morde mit Ausnahme von Rostock in den alten Bundesländern, die Überfälle in den neuen Bundesländern, vor allem in Südwestsachsen.

.....MEHR AB SEITE 6

BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG E.V. GEGRÜNDET

Der Bundesverband Mobile Beratung e.V. fungiert als Dachverband für die verschiedenen Angebote Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus in den einzelnen Bundesländern und wurde im Herbst 2014 gegründet. Das Kernanliegen ist, die bestehende bundesweite Vernetzung der Berater_innen zu intensivieren und Qualitätsstandards der Arbeit zu sichern.

.....MEHR AB SEITE 4

INHALT

VORWORT

Dialoge in Sachsen?!.....2

IN DER PRAXIS

Willkommenskultur im Gottliebatal.....4

Bundesverband Mobile Beratung e.V.....4

NSU Aufarbeitung in Südwestsachsen.....6

Theatertreffen „unentdeckte Nachbarn“.....8

Ausstellung „Asylum“ in Dippoldiswalde.....8

PROJEKTE

„Support für Initiative“ stellt sich vor.....10

KOMMENTAR

Die mediale Graswurzelrevolution.....11

AUF EINEN BLICK

Tagungen / Veranstaltungen.....14

Publikationen.....16

Unser Leitbild.....18

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freund_innen,

mit dem dritten Newsletter des Kulturbüro Sachsen e.V. möchten wir Sie über unsere Arbeit in Sachsen informieren.



Foto: Steffen Giersch

Seit vielen Monaten werden gesellschaftliche Herausforderungen zum Umgang mit Flucht, Asyl und Migration intensiv diskutiert. Dabei wird die öffentlich wahrnehmbare Debatte zunächst dadurch bestimmt, dass zu viele Asylsuchende nach Deutschland kommen und die Anzahl reduziert werden muss. Diese nationalen Abschottungsideen korrespondieren mit dem Schutz der europäischen Außengrenzen vor Geflüchteten. Erst nach dieser Grenzziehung, die entsprechend parteipolitischer Präferenzen und Gruppenzugehörigkeit unterschiedlich restriktiv ausfällt, geht es um die Frage, wie Deutschland als Migrationsgesellschaft gestaltet werden muss und was jede/r Einzelne dazu beitragen kann.

Die Debatte um die europäische Grenzsicherung versteht das Asylrecht als Abwehrrecht und setzt zu seiner Durchsetzung auf rechtstaatliche und ordnungspolitische Interventionen. Diese Interpretation bietet Anknüpfungspunkte für Rechtspopulist_innen, „besorge Bürger_innen“, bis hin zu Neonazis und ist damit die verbale Zündschnur für Brandanschläge, Übergriffe, Bedrohungen, Beleidigungen und physische Angriffe auf Geflüchtete, Unterstützer_innen, Politiker_innen und Polizist_innen. Das Asylrecht als Schutzrecht, wird in dieser Funktion nachrangig oder gar nicht wahrgenommen. Dabei sind die Genfer Flüchtlingskonvention und das Protokoll von 1967, die UN-Menschenrechtscharta und das Grundgesetz mehr als exekutierbare Rechtsnormen zur Begrenzung der Zahl von Geflüchteten. Sie sind der Rahmen für unveräußerliche Menschenrechte und verweisen uns alle auf unsere humanistische Verantwortung.

Es besteht Verunsicherung in der Gesellschaft, welche Migrationswege Deutschland gehen soll, ganz gleich, ob Menschen zu uns kommen, die Kriegsflüchtlinge sind oder ob sie auf der Suche nach einem besseren Leben für sich und ihre Familien sind. Diese Verunsicherung speist sich z.B. aus einer Angst vor Veränderung, aus Ressentiments und vielleicht

auch aus dem Erstaunen, dass Nachbarn, Kolleg_innen, Familienmitglieder Einstellungen und Haltungen zeigen, die auch rassistisch und chauvinistisch sind und z.T. vulgär vorgetragen oder gewalttätig durchgesetzt werden. Diese Verunsicherung besteht im unmittelbaren familiären Umfeld, im Stadtteil, im Unternehmen, in Vereinen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, in Parteien und Kommunalverwaltungen, etc.

Dieser teils privat, teils öffentlich sichtbaren Verunsicherung wird in Sachsen derzeit versucht mit einer Methode entgegen zu arbeiten, die z.T. hinter vorgehaltener Hand, wie eine Art Heilsversprechen angepriesen wird: dem Dialog. Initiator_innen von Dialogveranstaltungen sind Kirchengemeinden, Bürgermeister_innen, politische Bildungsträger, Berater_innen und Coaches. Wichtig ist ihnen, dass Vertreter_innen von Gruppierungen, die unterschiedliche Haltungen zur Migration und Integration Geflüchteter haben, miteinander vor Ort im Stadtteil ins Gespräch kommen, um eine diagnostizierte gesellschaftliche Spaltung zu überwinden. Das an sich ist ein mögliches Ziel.

Leider wird bei den Dialogveranstaltungen der Rahmen oft so gesetzt, dass sich die gute Absicht ins Gegenteil verkehrt. So finden Dialogveranstaltungen zwischen Engagierten in Willkommensbündnissen und strikten Asylgegner_innen statt, die in ihrem Alltagshandeln vor Gewaltanwendung und der Gründung von Bürgerwehren als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen nicht zurück schrecken. Willkommensbündnisse, die humanistische Verantwortung für Geflüchtete im Stadtteil übernehmen und dafür angefeindet, beleidigt und attackiert werden, sollen an Dialogveranstaltungen mit erklärten Asylgegner_innen teilnehmen. In diesen Dialogveranstaltungen werden die Willkommensbündnisse in eine Rolle gedrängt, Menschen mit asylfeindlichen Positionen vom Fehl dieser Haltungen einerseits und von ihren eigenen humanistischen Positionen andererseits zu überzeugen. Welchen Grund sollten gerade die Engagierten – die schon in ihrem Handeln die Grundwerte vertreten – haben, auch noch diese Rolle zu übernehmen und sich dieser Situation auszusetzen?

Der Rahmen einer Dialogveranstaltung sind die Grundwerte unserer Gesellschaft, die unveräußerlichen Menschenrechte an denen es unabhängig von bestehenden asylfeindlichen Positionen und Verunsicherungen tatsächlich und juristisch nichts zu rütteln gibt. Asylfeindliche Gruppen akzeptieren dieses gesellschaftliche Fundament nicht und nutzen Diskriminierung, Bedrohungen, Übergriffe und Brandanschläge zur Durchsetzung ihrer Interessen. Diese Positionen und Haltungen werden durch jene mitgetragen und gestärkt, die dazu schweigen. Hier kann ein Dialog – der Augenhöhe und Gleichwertigkeit signalisiert – weder das Mittel der Wahl noch zielführend sein. Diese Auseinandersetzung braucht andere Formen und Protagonisten. Dieser Dialog ist nicht die Aufgabe der Engagierten. Es verschleißt die Kräfte der Willkommensbündnisse, die dadurch gefordert werden, sich an asylfeindlichen Gruppen abzarbeiten, statt diese Kraft für die Unterstützung von Geflüchteten nutzen zu können. Statt der diagnostizierten Spaltung von Stadtgesellschaften in Asylbefürworter_innen und –gegner_innen kommt es einerseits zur Spaltung in den Willkommensbündnissen und zu deren Überlastung und andererseits verschafft der so verstandene Dialog den asylfeindlichen Gruppierungen Aufmerksamkeit.

Dialog kann nur unter gesellschaftskonformen Rahmenbedingungen ablaufen. Das setzt die Akzeptanz von Grundrechten und gesellschaftlichen Normen, die in diesem Land gelten, voraus. Dazu gehört, dass Asyl ein Menschenrecht ist und Jede und Jeder einen Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren hat. Wenn dieser Rahmen klar beschrieben ist, wird dann in den Dialogveranstaltungen darüber geredet, wie Migration in Deutschland erfolgreich sein kann und wie Schwierigkeiten gemeinsam analysiert und schlussendlich gemeistert werden können. Diskutiert werden in diesem Kontext Fragen, die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft, Altersarmut, fehlende Sozialwohnungen, Diskriminierung und Minderheitenschutz betreffen.

Bereits 2013 haben wir unter dem Titel „(Dia)Logbuch Sachsen – prozessorientierte Beratung im ländlichen Raum“ unsere Rahmenbedingungen für einen gelingenden Dialog öffentlich vorgestellt. Wer sich an einem solchen Dialog beteiligen möchte, ist uns herzlich willkommen. Diejenigen, die mit Bürgerwehren das Gewaltmonopol des Staates untergraben

und mit Gewalt gegen Geflüchtete, Willkommensinitiativen, Politik, Polizei und Journalist_innen vorgehen, müssen sich juristisch verantworten. Sie sind keine Gesprächspartner_innen in unseren Beratungsprozessen.

Das sind für uns die Rahmenbedingungen eines Dialoges, den wir gerne in Form von Beratungsgesprächen und –prozessen, Diskussionsrunden, Fishbolws, Tagungen, Konferenzen, Workshops, Einzelgesprächen in Sachsen führen und wozu wir Sie sehr herzlich einladen.

Im aktuellen Newsletter des Kulturbüro Sachsen e.V. finden Sie Dialogansätze, mit denen wir in den letzten Monaten in Sachsen unterwegs waren.

Ich freue mich auf Ihre Anregungen und Kritik und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Grit Hanneforth
Geschäftsführerin



Foto: Bundespräsidialamt

Petra Schickert vom Mobilem Beratungsteam Mitte-Ost und Marko Schmidt von der Fachstelle Asyl und Migration, Projekt „Support für Initiative“, waren auf Einladung des Bundespräsidenten Joachim Gauck als Referent_innen zur Veranstaltung „Flüchtlinge in Deutschland: Integration ermöglichen - Zusammenhalt stärken“ am 7. April 2016 ins Schloss Bellevue eingeladen.

WILLKOMMENSKULTUR IM GOTTLEUBATAL

Zum Jahresende 2014 kam es im Ortsteil Langenhennersdorf der Gemeinde Bad Gottleuba-Berggießhübel (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) zu unschönen Szenen. Bei einer Einwohnerversammlung zum Thema Asyl war es nicht gelungen, in einer sachlichen und respektvollen Atmosphäre miteinander zu sprechen. 2015 wurde in Bad Gottleuba-Berggießhübel die Diskussion um die Unterbringung Asylsuchender fortgesetzt. Das Mobile Beratungsteam (MBT) des Kulturbüro Sachsen e.V. wurde zur Beratung heran gezogen und war neben anderen im März 2015 zu einer Stadtratssitzung eingeladen, um den Stadträten die Möglichkeit zu Meinungsäußerungen und Nachfragen zu geben.

Ziel der Mobilen Beratung vor Ort war es, diejenigen, die sich positiv zu dem Recht auf Asyl bekennen und Unterstützung leisten wollen, miteinander ins Gespräch zu bringen, sichtbar zu machen und deren Arbeit zu begleiten. Bei der örtlichen Kirchgemeinde traf man mit diesem Anliegen auf offene Ohren und eine hohe Bereitschaft des Engagements des Pfarrer-Ehepaars.

Anfang April 2015 kam es schließlich zu einem ersten Unterstützer_innentreffen im Gemeindehaus auf Einladung der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde. Zahlreiche Menschen aus dem Ort nahmen diese Möglichkeit an. Gemeinsam mit einer Flüchtlingssozialarbeiterin der Caritas gestaltete das MBT an diesem Abend einen inhaltlichen Input und brachte die Anwesenden miteinander ins Gespräch. Spannend war zu sehen, dass alle in irgendeiner Weise Zugezogene im Ort sind. Es wurde über die Beobach-

tungen und Ängste gesprochen und über den Wunsch, aktiv zu werden. Eine Familie berichtete, dass sie sich bereits seit längerer Zeit in Dresden für geflüchtete Menschen engagiert. Hier im Ort habe sie es sich bisher nicht getraut, zumal sie die Meinungen ihrer Nachbar_innen kenne. Die Anwesenden erlebten an diesem Abend, dass sie und er nicht allein sind mit dem Wunsch, geflüchteten Menschen zu helfen und sich für ein friedliches Miteinander im Ort zu engagieren.

Für das zweite Treffen erarbeitete das MBT auf Wunsch der Teilnehmer_innen einen interaktiven Input zu Fakten und Argumenten rund um das Thema Asyl, damit die Engagierten im Ort mit ihren Nachbar_innen, Freund_innen und Bekannten reden können, ohne Vorurteile unwidersprochen hinnehmen zu müssen. Das Einbeziehen der Asylsuchenden hatte das Pfarrer-Ehepaar von Anfang an im Blick, um von den Geflüchteten zu hören, was sie bewegt und was sie sich wünschen, um die entsprechenden Unterstützungsangebote daran zu orientieren.

Die Unterstützung in Bad Gottleuba-Berggießhübel hat inzwischen sehr vielfältige Formen angenommen. Es finden regelmäßige Begegnungstreffen und Deutschkurse statt. Patenschaften haben sich entwickelt und auf Grundlage der Aktivitäten konnten weitere Mitstreiter_innen im Ort gefunden werden. Zahlreiche Begegnungstreffen mit international buntem Buffet im Ort, die die Kirchgemeinde organisiert, werden seitens der Bevölkerung und von den Asylsuchenden angenommen. Dabei werden viele Fragen beantwortet und Ängste abgebaut.

Petra Schickert
Mobiles Beratungsteam Mitte-Ost

BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG E.V. IST GEGRÜNDET



Foto: Mirjam Gläser

Der Bundesverband Mobile Beratung e.V. fungiert als Dachverband für die verschiedenen Angebote Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus in den einzelnen Bundesländern und wurde im Herbst 2014 gegründet. Das Kernanliegen ist, die bestehende bundesweite Vernetzung der Berater_innen zu intensivieren und Qualitätsstandards der Arbeit zu sichern. Der Bundesverband organisiert dazu bundesweite Fachtagungen und Fortbildungen, nimmt an gesellschaftlichen Debatten teil und berät Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Das Kulturbüro Sachsen e.V. ist Gründungsmitglied im Bundesverband Mobile Beratung e.V.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ist ein Angebot mit dem Anliegen, demokratisch bürgerschaftliches Engagement zugunsten einer zivilen Menschenrechtskultur im Gemeinwesen zu stärken. Die Mobilen Beratungsteams unterstützen vor Ort vorhandene und neue zivilgesellschaftliche und demokratische Kräfte, wie zum Beispiel Bürger_innenbündnisse, Jugendinitiativen, Kirchengemeinden, Sportvereine, Sozialarbeiter_innen sowie Politik und Verwaltung. Ziele sind die Anregung demokratischer Diskurse und das aktive Eintreten einer Bürger_innengesellschaft für menschenrechtliche Standards. Die Beratungsnehmer_innen werden mit Informationen und kompetenter Beratung bei der Entwicklung von Handlungsstrategien, sowie bei der Bildung von Aktionsnetzwerken zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützt. Anlassorientiert suchen die Mobilen Beratungsteams gemeinsam mit den örtlichen Ansprechpartner_innen nach Handlungsmöglichkeiten. Dies geschieht auf der Grundlage einer zuvor erstellten Analyse der regionalen Situation.

Mobile Beratung ist ein seit mehr als zwanzig Jahren (weiter-) entwickeltes Konzept, das in den 16 Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet wird. Trotz der regionalen Unterschiede gibt es jedoch professionelle Standards, die den Mitgliedern des Bundesverbands Mobile Beratung e.V. als verbindliche Arbeitsgrundlage dienen. Mobile Beratung ist demnach aufsuchend, nachhaltig, prozess- und ressourcenorientiert, vergleichend und der/dem Beratungsnehmer_in gegenüber transparent und vertraulich. Sie verfolgt einen systemischen Ansatz, verwendet Methoden politischer Bildungsarbeit und sollte in geschlechterparitätisch zusammengesetzten Teams erfolgen.

Die Arbeit des Bundesverbands richtet sich darüber hinaus nach den Bedarfen der Mobilen Beratungsteams, wie z.B. der Bereitstellung einer Infrastruktur zum Austausch von Know-How, Arbeitsansätzen und Problembeschreibungen. Außerdem ermittelt der Verband den Bedarf an Qualifizierungsmaßnahmen und organisiert deren Durchführung.

Im Zusammenhang mit den Diskussionen um steigende Flüchtlingszahlen und die Unterbringung der ankommenden Menschen ist seit etwa zwei Jahren eine verstärkte rassistische Mobilisierung zu erkennen, die sich mit menschenverachtender Propaganda und zunehmend auch unter Anwendung von Gewalt gegen Geflüchtete, deren Unterkünfte sowie deren Unterstützer_innen richtet. Nicht nur Zivilgesellschaft und Behörden müssen sich der neuen Situation stellen, auch die Teams der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus unterstützen die Akteur_innen vor Ort in ihrem Einsatz für geflüchtete Menschen.

Der neu gegründete Bundesverband Mobile Beratung e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Transfer dieser Erfahrung auf eine neue, professionellere Ebene zu heben. So existiert bereits seit Herbst 2013 ein intensiver Austausch zu Beratungsansätzen im Themenfeld „Dimensionen rassistischer Mobilisierung“. Die Mobilen Beratungsteams unterstützen in diesem Kontext etwa Betreiber_innen von Flüchtlingsunterkünften und ihre Mitarbeiter_innen, Sicherheitsunternehmen, die mit dem Schutz der Flüchtlinge betraut sind, Kommunal-, Landespolitik und -verwaltung, Willkommensinitiativen und antirassistische Netzwerke sowie Träger sozialer Einrichtungen im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften.

Grit Hanneforth
Sprecherin des Bundesverbands



Mehr Informationen finden Sie unter:
www.Bundesverband-Mobile-Beratung.de

Grit Hanneforth
Geschäftsführerin KBS e.V.

Sitz des Bundesverbands Mobile Beratung e.V.
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
03 51 - 500 54 16
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

Im Sprecher_innenkreis sind vier hauptamtliche Mitarbeiter_innen regional ansprechbar:

Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz
Saarland:

Heiko Klare
Telefon: 02 51 - 492 71 09
klare@bundesverband-mobile-beratung.de

Brandenburg, Hessen, Sachsen, Schleswig-Holstein
Grit Hanneforth
Telefon: 03 51 - 500 54 16
hanneforth@bundesverband-mobile-beratung.de

Bayern, Berlin, Hamburg, Thüringen
Anne Benzing, Bianca Klose
Telefon: 030 - 24 04 54 30
klose@bundesverband-mobile-beratung.de

Sachsen-Anhalt, Bremen, Baden-Württemberg,
Mecklenburg-Vorpommern
Michael Barthel
Telefon: 03 45 - 523 72 14
barthel@bundesverband-mobile-beratung.de

DER „NATIONALSOZIALISTISCHE UNTERGRUND“ UND DESSEN AUFARBEITUNG IN SÜDWESTSACHSEN

Die Akteur_innen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) lebten mehr als zehn Jahre, von 1998 bis 2011, unentdeckt in Chemnitz und Zwickau. Von hier aus töteten Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe vermutlich zehn Menschen und verletzten dutzende Andere durch Bombenattentate und Raubüberfälle teilweise sogar schwer. Laut dem Stand der bisherigen Ermittlungen begingen sie die Morde mit Ausnahme von Rostock in den alten Bundesländern, die Überfälle in den neuen Bundesländern, vor allem in Südwestsachsen. In Zwickau und Chemnitz allein erbeutete der NSU mehr als 400.000 EUR zur Finanzierung seiner Verbrechen.¹



www.bpb.de/172933

Die Wahl dieser Wohnorte ist nicht zufällig. Auch wenn die Ermittlungen noch nicht beendet sind, die Rekonstruktion der Ereignisse noch anhält und das Urteil am Oberlandesgericht in München noch nicht gefällt ist, klar ist: Sie ließen sich in Südwestsachsen nieder, weil sie auf ein enges Unterstützungsnetzwerk zurückgreifen konnten. Sie bekamen Hilfe bei der Suche und Anmietung ihrer Wohnungen und erhielten Alias-Identitäten samt Ausweisen und Krankenkarten. Sie gelangten an Waffen, Sprengstoff und andere Ausrüstungsgegenstände für ihre Verbrechen.

Eine maßgebliche Rolle spielten dabei vor allem Mitglieder oder Nahestehende des Netzwerkes „Blood & Honour“ in Südwestsachsen, welches über die Vernetzung neonazistischer Bands die Verbreitung nationalsozialistischer Gedanken verfolgte.²

Die Kontakte in die südwestsächsische Szene bestanden bereits vor dem Untertauchen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe.³ Gemeinsam traf man sich auf „Rechtsrock“-Konzerten. Und auch während der Zeit im Untergrund brachen diese Kontakte nicht ab. Es ist vielmehr anzunehmen, dass vor allem die erste Zeit in Chemnitz nicht viel mit Untertauchen gemein hatte. Man feierte Partys, besuchte sich. Hendrik L., damaliger und heutiger Betreiber des „Backstreet Noise“-Ladens in Chemnitz, druckte 1999 T-Shirts mit einer Zeichnung von Mundlos, die Bart Simpson als Skin mit Keule und Springerstiefeln zeigt („Skinsons“). Die Zeichnung wurde auch in der ersten Ausgabe des „Blood & Honour“-Fanzines „White Supremacy“ veröffentlicht.⁴

Mehrere Akteure aus der damaligen Szene, die Kontakte zu Böhnhardt, Mundlos oder Zschäpe hatten, sind bis heute aktiv. So zum Beispiel Lars F., Betreiber der facebook-Seite „Betroffene von Ausländerkriminalität in Sachsen“, ehemaliger Stadtratskandidat für die Partei „Pro Chemnitz“, und Teil der rassistischen Mobilisierungen in Chemnitz, u.a. im Umfeld der Asylunterkunft im Chemnitzer Stadtteil Kappel. Lars F. begleitete Hendrik L. bei dessen Zeugenaussage im NSU-Prozess und bedrohte auf den Zuschauerrängen einen Journalisten der südwestsächsischen Regionalzeitung „Freie Presse“.⁵

Der NSU steht nicht für sich allein und die gewalttätige Ideologie hört auch nicht mit der Aufdeckung der NSU-Verbrechen auf. Im selben Gebäude des „Backstreet Noise“-Ladens befindet sich das Chemnitzer Plattenlabel „PC-Records“, anfangs auch in der Hand von Hendrik L. Im Jahr 2010 veröffentlichte das Label unter dem Betreiber Yves R. eine CD der Band „Die Braunen Stadtmusikanten“. Ein Titel auf diesem Album heißt „Döner-Killer-Song“ und beschreibt ein Jahr vor der Aufdeckung der NSU-Verbrechen die Mordserie an den Migranten.⁶ Yves R. unterstützte darüber hinaus die Nationalen Sozialisten Chemnitz (NSC), die 2014 vom Sächsischen Innenministerium verboten wurden. Eine von ihm erworbene Immobilie diente den NSC als Treffpunkt und einigen Mitgliedern sogar als Wohnort.⁷

„Raus in die Zukunft“, eine Aktionsplattform des NSC und damit auch verboten, unterstützte neben eigenen Kundgebungen die Bürgerinitiative „Wir für Ebersdorf“ und die Partei „Pro Chemnitz“ bei deren rassistischen Mobilisierungen im Umfeld der Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz, die bis heute anhalten.⁸ Auch in Zwickau ist eine Gruppe unter dem Label „Nationale Sozialisten Zwickau“ aktiv. Auch in Zwickau wurde ein Symbol des NSU, der „Pink Panther“, als T-Shirt-Aufdruck über den lokalen Szeneladen vertrieben.

1 - Zur Chronik siehe: Bundeszentrale für politische Bildung: Interaktive Grafik: Die Taten des NSU. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/172933/interaktive-grafik-die-taten-des-nsu>

2 - Mehr Informationen siehe: <http://www.nsu-nebenklage.de/blog/tag/blood-and-honour/>

3 - Das zeigt u.a. eine Telefonliste, die das BKA und das LKA Thüringen bei der Durchsuchung der Garage in Jena im Jahr 1998 neben Rohrbomben, Sprengstoff und Propagandamaterial fanden. Die Liste wurde nicht ausgewertet. Siehe: <http://www.spiegel.de/panorama/nsu-behoerdenversagen-bei-der-fahndung-nach-dem-trio-a-883431.html>

4 - <https://www.nsu-watch.info/2015/04/der-freund-des-terroristen/>

5 - <http://www.sueddeutsche.de/politik/nsu-prozess-rechtsradikaler-bedroht-journalisten-im-gerichtssaal-1.2380290>

6 - <http://www.taz.de/15065746/>

7 - http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/04/10/nationale-sozialisten-chemnitz-verbotsverfuegung-mit-luecken_15616

8 - http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/04/10/nationale-sozialisten-chemnitz-verbotsverfuegung-mit-luecken_15616

AUFARBEITUNG DES NSU IN SÜDWESTSACHSEN



Eine Aufarbeitung der NSU-Verbrechen muss folgende Felder in den Blick nehmen: die Aufklärung der Verbrechen, die Verurteilung der Straftäter_innen, die Umstrukturierung staatlicher Institutionen, die Wiedergutmachung für die Opfer und Betroffenen der Verbrechen und eine Erinnerungskultur, welche die Perspektive, das Wissen und die Interessen der migrantischen Communities ernst nimmt.

Der NSU-Prozess am Oberlandesgericht in München geht im Mai in sein drittes Jahr. Im Zeugenstand finden sich viele Agierende der neonazistischen Szene aus Chemnitz und Zwickau wieder. Im August hatte ein Chemnitzer, der bei einem der Raubüberfälle angeschossen wurde und bereits als Zeuge ausgesagt hat, die Zulassung als Nebenkläger beantragt.⁹ Jens Eumann, Journalist bei der Regionalzeitung „Freie Presse“, berichtet regelmäßig von den Prozesstagen, bettet diese in aktuelle Informationen zur neonazistischen Szene ein und übersetzt die Verhandlungsinhalte für ein breites Leserpublikum in Südwestsachsen.

Neben der juristischen Aufarbeitung des NSU-Komplexes nimmt auch die parlamentarische Aufarbeitung in Form von Untersuchungsausschüssen auf Bundes- und Landesebene eine breite Rolle im öffentlichen Diskurs ein. Im Gegensatz zu Thüringen blieb der erste sächsische Untersuchungsausschuss zum Thema ohne konkrete Ergebnisse, was die Verantwortung staatlicher Stellen sowie die Kontextualisierung des NSU in einer breiten neonazistischen Unterstützungsszene in Sachsen anbelangt. Neben dem offiziellen Abschlussbericht gibt es einen längeren Bericht, der als Kritik von der Opposition verfasst wurde und detaillierter auf die Inhalte des Ausschusses Bezug nimmt.¹¹ Die Rezeption in der Bevölkerung ist sehr gering. Nichtsdestotrotz haben auch die kritischen Stimmen zu den Ergebnissen des ersten Ausschusses dazu beigetragen, dass es nun seit Mitte des letzten Jahres einen zweiten Ausschuss zur Thematik gibt.

Im Bereich Erinnerungskultur ist bis auf einzelne zivilgesellschaftliche Initiativen in Südwestsachsen nicht viel passiert. Einige Beispiele: In Chemnitz organisierte das Bündnis „Bunter Brühl“ im November 2013 eine Gedenkveranstaltung, bei der der Opfer der NSU-Verbrechen gedacht wurde. Die AG Friedenstag hat die Lesung „Blumen

für Otello. Klagelieder von Esther Dischereit“ im Februar 2015 im Schauspielhaus Chemnitz organisiert, ergänzt mit einem Podiumsgespräch. Im März 2015 wurde im Lokomov das Buch „Geheimsache NSU“, herausgegeben von Andreas Förster, von ihm selbst und drei der Autoren vorgestellt und diskutiert. Im Juni 2015 wollte das Referat für Antidiskriminierung (StuRa) die Ausstellung „Die Opfer des NSU und seine Aufarbeitung“ an der Technischen Universität Chemnitz zeigen. In der letzten Minute erhielten sie die Absage. Für die Sicherheit könne nicht gesorgt werden, es gab Zweifel an der Wissenschaftlichkeit. Als Ausweichmöglichkeit wurde die Mensa angeboten. Diese kam für das Referat für Antidiskriminierung jedoch nicht in Betracht, sie wichen auf Räumlichkeiten in der Volkshochschule Chemnitz aus.¹²

In Zwickau gab es Diskussionen, wie der NSU-Verbrechen zu gedenken sei. Das zerstörte Haus in Zwickau wurde abgerissen, nichts erinnert mehr in der Frühlingsstraße an den NSU. Dem Argument dafür, dass man keine Pilgerstätte für Neonazis errichten wolle, stand das Argument entgegen, dass man so Gras über die Sachsen wachsen ließe. Eine weitere Idee war, das antifaschistische Monument am Schwanenteich in Zwickau mit einer Gravur zu ergänzen, um damit den NSU in eine Linie mit dem Nationalsozialismus zu stellen und so an die Aktualität des Faschismus zu erinnern.¹³ Andere Stimmen forderten ein eigenständiges Mahnmal zur Erinnerung der Opfer der NSU-Verbrechen.

Aus diesem Diskurs heraus gründete sich die Aktionsgruppe „Grass Lifter“.¹³ Mit Schaufeln hoben sie das Gras auf der Wiese der Frühlingsstraße vor dem ehemaligen Wohnhaus des NSU aus und forderten damit symbolisch, eben kein Gras über die Sache wachsen zu lassen. Außerdem recherchierten sie Orte in Zwickau mit Bezug zum NSU und installierten dort winzige Figuren, um die Rechercheergebnisse mittels Street Art in die Stadtgesellschaft zu tragen. Im November 2014 überreichten sie dem Sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz einen Pokal in Form eines goldenen Hasen unter dem Motto: „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts“. Außerdem wandten sie sich nach einer Petition in einem offenen Brief an die Oberbürgermeisterin in Zwickau sowie Chemnitz und an den Ministerpräsidenten in Sachsen, um eine aktivere Auseinandersetzung mit dem NSU einzufordern. Die Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig aus Chemnitz antwortete als einzige und unterstrich die Bedeutung der NSU-Aufarbeitung angesichts der aktuellen Entwicklungen in Sachsen. Die AG Rechtsextremismus der Stadt Chemnitz, welche unterschiedliche Akteure zum Thema zusammenbringt, hat das Thema NSU in sein Zentrum gestellt. Gemeinsam mit den Theaterhäusern Chemnitz und Zwickau und dem Kulturbüro Sachsen e.V. organisieren die „Grass Lifter“ unter dem Dach des ASA FF e.V. das TheaterTreffen „Unentdeckte Nachbarn“ im November 2016 in Chemnitz und Zwickau. Schirmherrin des TheaterTreffens ist die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz Barbara Ludwig.

9 - <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/nsu-prozess-zeuge-aus-chemnitz-will-nebenklaeger-werden-a-1048571.html>

10 - <https://www.nsu-watch.info/2015/02/saechsische-merkwaerdigkeiten/>

11 - <http://www.sueddeutsche.de/politik/neonazi-terrorismus-ausgesperrt-1.2534207>

12 - <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1147418>

13 - http://m.focus.de/finanzen/news/C/tid-29319/political-correctness-klappe-zu_aid911015.html

DAS THEATERTREFFEN „UNENTDECKTE NACHBARN“**unentdeckte NACHBARN | THEATERTREFFEN
CHEMNITZ - 2016**

Mit fiktionalen, dokumentarischen und diskursiven Strategien erweiterten Theaterschaffende in den letzten Jahren die mediale Auseinandersetzung um den NSU enorm. Dutzende Theaterstücke entstanden zum Thema. Diese übersetzen Fakten und die trockene Sprache der Juristen, öffnen den Blick für die Situation der Betroffenen der NSU-Verbrechen oder erforschen die Gräben zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, welche durch die Morde und Anschläge sowie auch durch die Ermittlungen aufgerissen wurden.

Was bundesweit bereits vielerorts thematisiert wurde, soll nun in Südwestsachsen im November 2016 passieren. Dann jährt sich zum fünften Mal die NSU-Selbstaufdeckung – Zeit, um die blinden Flecken im hiesigen Diskurs

anzugehen. Das TheaterTreffen in Chemnitz dient als kreative Plattform für Perspektivwechsel, Diskursöffnung und den Austausch von Akteur_innen aus Stadt, Zivilgesellschaft und Kultur aus Südwestsachsen mit dem Ziel, eine breitere Öffentlichkeit für Leerstellen in der Aufarbeitung zu sensibilisieren und Impulse für eine stärkere Übernahme von Verantwortung in diesen Bereichen zu generieren. Im Rahmen des TheaterTreffens werden verschiedene Inszenierungen zum Thema NSU, Rassismus und Migration zu sehen sein. Aus mehr als fünfzig Stücken, die von einer Jury aus Theaterschaffenden und Zivilgesellschaft gesichtet wurden, wird ausgewählt. Veranstaltungsorte sind die Theater in Chemnitz und Zwickau sowie Orte der Freien Kulturszene. Ergänzt werden die Aufführungen durch ein umfangreiches politisches Rahmenprogramm, ein eigenes Stück zum Thema vom Figurentheater Chemnitz und einer internationalen Aktionskunstgruppe.

Jane Viola Felber
Mobiles Beratungsteam Südwest

letzter Zugriff auf Internetquellen: 25.02.2016

**AUSSTELLUNG „ASYLUM“ IM
„GLÜCKKAUF“-GYMNASIUM
IN DIPPOLDISWALDE**

**Ausstellung
ASYLUM**
16.-20. November 2015
im "Glückauf"-Gymnasium
Dippoldiswalde

gezeigt durch:
Evangelische Jugend im Kirchenbezirk Freiberg
Kulturbüro Sachsen e.V.
Pro Jugend e.V.

Wie in vielen anderen Orten des Freistaates Sachsen fanden im Jahr 2015 auch im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge asylfeindliche Proteste statt, die letztendlich

den Resonanzboden für Übergriffe auf geflüchtete Menschen, Flüchtlingsunterkünfte und Unterstützer_innen bilden. In den Ortsteilen der Stadt Dippoldiswalde werden diese vor allem von PEGIDA-Ablegern getragen. Redebeiträge von Protagonisten wie z.B. Lutz Bachmann am 12. März 2015 oder Nicos Chawales am 26. März 2015 sowie der Auftritt der neonazistischen Band A3Stus am 09. April 2015 in der Stadt stehen exemplarisch für eine menschenfeindliche und rassistische Ausrichtung dieser Proteste.

Seit Frühjahr 2015 engagieren sich Menschen im Willkommensbündnis Dippoldiswalde als Unterstützer_innen für Geflüchtete und für ein friedliches Miteinander in der Stadt. Darunter sind auch Jugendliche aus der AG „Begegnung fördern, Vielfalt erleben“ des „Glückauf“ Gymnasiums. Im öffentlichen Raum gab es lange Zeit keinen wahrnehmbaren konstruktiven Dialog zum Thema Asyl.

Um Flucht und Asyl jenseits von rassistischen Positionen und Dämonisierungen zu diskutieren und mit insbesondere jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, hatte die Evangelische Jugend im Kirchenbezirk Freiberg die Idee, die Ausstellung „Asylum“ der AG In- und Ausländer Chemnitz in einer Dippoldiswalder Schule zu zeigen. Mit dem Kulturbüro Sachsen e.V. und Pro Jugend e.V. waren Kooperationspartner_innen dabei, die über fachliche Kompetenz im Themenfeld verfügen und Zugang zu verschiedenen Zielgruppen haben. Das Projekt richtete sich vor allem an Schüler_innen und Konfirmand_innen, aber auch Jugendclubs und Vereine. Mit dem „Glückauf“-Gymnasium Dippoldiswalde war schnell ein Ausstellungsort gefunden.

Die Ausstellung bestand aus mehreren Schautafeln mit Flüchtlingsbiographien, Hörprotokollen und einer Fotoausstellung. Außerdem gab es ein „6-Quadratmeter-Zimmer“ sowie Spiel- und Wissensstationen zu gesetzlichen Regelungen, dem Asylverfahren und weltweiten Fluchtbewegungen. Informationen zur Situation geflüchteter Menschen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ergänzten die Ausstellung.

Bei der Vorbereitung und Durchführung des Projektes unterstützten eine Schülerin des Gymnasiums im Rahmen eines Praktikums beim Kulturbüro Sachsen e.V. und die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die Kooperationspartner_innen. Die zentrale Idee bestand darin, dass engagierte und interessierte junge Menschen Schulklassen und Jugendgruppen als Guides durch die Ausstellung führten. Jugendliche wurden z.B. über die AG „Begegnung fördern, Vielfalt erleben“ angesprochen und für die Idee gewonnen. In einem Tagesworkshop machten sie sich mit der Ausstellung vertraut, erhielten wichtige Hintergrundinformationen und bekamen methodische Tipps, um das Thema in ihren Führungen abwechslungsreich und interessant zu vermitteln. Ziel war es, die Jugendlichen zu befähigen, im Kleinteam bestehend aus zwei Schüler_innen eine Schulklasse oder Jugendgruppe ca. zwei Schulstunden selbständig und emphatisch durch die Ausstellung zu führen. Die Mitarbeiter_innen der Evangelischen Jugend, des Kulturbüro Sachsen e.V., der AG Asylsuchende e.V. und von Pro Jugend sollten sich während der Führungen eher zurückhalten. Wertschätzung erhielten die Jugendlichen während der Workshops durch den Besuch des Dippoldiswalder Oberbürgermeisters Herrn Peter, der sich den Fragen der Jugendlichen stellte.

Da Reden zu Ausstellungseröffnungen aus der Perspektive Jugendlicher eher langweilig sind und häufig Gesagtes wiederholt wird, dachten alle gemeinsam über einen würdigen Abschluss der einwöchigen Ausstellung nach. Die Idee der Jugendlichen, zu einem Begegnungsabend von geflüchteten Menschen aus den umliegenden Heimen und dezentralen Unterkünften und Dippoldiswalder_innen einzuladen, stieß auf positive Resonanz. Diesen Abend orga-

nisierten die Schüler_innen der AG „Begegnung fördern, Vielfalt erleben“. Sie drehten einen kleinen Werbefilm, um zu ihrem Begegnungsabend einzuladen, sprachen Jugendliche während der Führungen an und bereiteten den Abend mit Unterstützung eines Lehrers vor.

Vom 16.-20. November 2015 wurde die Ausstellung „Asylum“ im „Glückauf“ Gymnasium Dippoldiswalde gezeigt. Die 14 Guides führten 17 Schulklassen des Gymnasiums, der Oberschulen Dippoldiswalde und Klingenberg und des Beruflichen Schulzentrums sowie Mitarbeiter_innen der Diakonie durch die Ausstellung. Zu einem gelungenen Begegnungsabend kamen 60 Menschen.

Die gemeinsame Auswertung verdeutlichte, dass es bisher keinen Raum in der Schule gab, um über die Themen Flucht und Asyl zu sprechen. Die Ausstellung setzte somit einen wichtigen Impuls für Gespräche unter den Schüler_innen und Lehrer_innen, wie auch zwischen Eltern und Kindern sowie Eltern und Vertreter_innen der Schule. Dabei gab es nicht nur Zustimmung. „Ich bin froh, dass ich mitgemacht habe, es war ein tolles Projekt“, fasste eine Schülerin ihre Eindrücke zusammen.

Die Ausstellung wird 2016 von der AG In- und Ausländer Chemnitz aktualisiert. Sie ist – ergänzt durch die jeweilige regionale Situation und aktivierende Methoden – sehr geeignet, um Flucht und Asyl im lokalen Kontext zu thematisieren.

Petra Schickert
Mobiles Beratungsteam Mitte-Ost

Fakten, Fakten, Fakten

An einer Schule konfrontiert eine Ausstellung Jugendliche mit dem Alltag von Flüchtlingen. Der Schulleiter wünscht sich Streit.

VON CAROLA LAUTERBACH

Hast du dich schon einmal als Fremder begreifen müssen? Wie hast du dich dabei gefühlt? Hat dir jemand in dieser Situation geholfen? Und: Kannst du dir Gründe vorstellen, die dich veranlassen könnten, zu fliehen? Alle und alles, was dir lieb ist, hinter dir zu lassen? Was würdest du, wärest du dazu gezwungen, auf jeden Fall mitnehmen? Ein Foto? Ein Schmuckstück? Ein Buch? Ein Kuscheltier?

Die wenigsten von uns haben sich vermutlich je solche Fragen gestellt – sie hatten glücklicherweise nie eine Veranlassung dazu. Eine Ausstellung, die die Evangelische Jugend (EVJ) im Kirchenbezirk Freiberg und das Kulturbüro Sachsen in dieser Woche im Glückauf-Gymnasium Dippoldiswalde zeigen und die sich an Schüler ab Klasse 8 richtet, stellt den Besuchern aber genau diese Fragen. Weil sie für Tausende Menschen, die auf der Flucht sind und die nun unmittelbar vor unserer Haustür ankommen, Realität sind. Damit Jugendliche

hierzulande – plötzlich mit dieser Problematik konfrontiert – sich mit Gründen und Bedingungen von Flucht und dieser Alltagswirklichkeit Asylsuchender auseinandersetzen können, sei die Idee zu dieser interaktiven Ausstellung „Asylum“ entstanden. Konzipiert und entwickelt wurde sie bereits vor gut drei Jahren von der AG In- und Ausländer e.V. Chemnitz und ist seitdem bereits an mehreren Orten gezeigt worden. Im Dezember wird sie überarbeitet.

Miteinander reden

„Wir haben einige der Tafeln insbesondere in Bezug auf den Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge bereits selbst aktualisiert“, sagt Heike Grubike von der EVJ. Das sei ein wichtiges Anliegen: Es gehe um eine Plattform, die den Jugendlichen die Möglichkeit bietet, sich anhand von Fakten mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Eben diese faktenreiche Darstellung, der aufklärende Charakter all der Tafeln, Karten, Hörprotokolle hat Schulleiter Volker Hegewald bewogen, Raum für die Ausstellung in seinem Gymnasium zur Verfügung zu stellen. „Wir haben einen Bildung- und Erziehungsauftrag“, sagt er. Der Lehrer und Schulleiter verbindet mit „Asylum“ – aus gegebenem Anlass – auch noch ein anderes Anliegen. Er hoffe, dass



Ein Bett, ein Tisch, ein Stuhl und ein Schrank. Es passt nicht auf sechs Quadratmeter. Doch Flüchtlinge müssen auf dieser Enge leben.

Foto: katropress

diese Ausstellung Gelegenheit bietet, miteinander ins Gespräch zu kommen. „Gern auch streitend, aber miteinander – und nicht übereinander in sozialen Netzwerken, das wäre mir wichtig“, so Hegewald. Das entspreche auch der immer gelebten Tradition und Kultur an dieser Schule. Das Thema Asyl polarisiere, spalte die Gesellschaft. Er spüre mitunter eine regelrechte Zerrissenheit bei seinen Schülern. „Ich will nicht“, sagt er, „dass die Schüler hier in der

Schule anders – oder gar nicht – reden als zu Hause am Abendbrotstisch. Die Freiheit der Meinung muss in der Schule gerade unter diesen Umständen als ein hohes Gut gelten. Besonders, wenn es darum geht, Positionen einzunehmen, aber auch anderen gegenüber Toleranz zu entwickeln. Im Unterricht und im gesamten Schulalltag.“

Als Geografielehrer, erzählt er, habe er in zahlreichen Klassen diesen Lehrplanstoff behandelt: Migrationsbewegungen

und ihre Ursachen, die Folgen für die Herkunfts- und Zielländer. Einflüsse auf die Bevölkerungsentwicklung und -verteilung, auf den Arbeitsmarkt. Auch in Fächern wie Geschichte, Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft. Ethik stehen diese Prozesse auf dem Plan. „Die Schüler fanden das nicht immer spannend“, weiß Hegewald. „Doch plötzlich dringen diese Lehrpläne mit Brisanz und Dynamik mitten in unser Leben und beeinflussen unseren Alltag.“ Er sei sehr froh und stolz, dass er Schüler habe, die sich in dieser Situation von Grundsätzen der Menschlichkeit und des Miteinanders leiten ließen. Die sich der neuen, so nie dagewesenen Herausforderung stellen. Die dumpfe, rassistische und fremdenfeindliche Parolen, Hass und Hetze mit ihrem in der Schule erworbenen Wissen, ihren Kompetenzen und Wertvorstellungen – die einer hoch entwickelten Zivilisation entsprechen – beantworten.

So sind es auch Schüler selbst, die als Guide durch die Ausstellung führen. Die Besuchern jene Fragen nach Fremdsein, Fluchtgründen und Fluchtgepäck stellen: die Kreppband auf den Fußboden kleben und so darstellen, wie viel oder wenig Platz sechs-sieben Quadratmeter bedeuten. Denn das ist die durchschnittliche Wohn- und Schlaffläche, die einem Flüchtling in einer Gemeinschaftsunterkunft zusteht.

6

SÄCHSISCHE ZEITUNG

SACHSEN
WWW.SZ-ONLINE.DE/SACHSEN

DONNERSTAG
19. NOVEMBER 2015

Die Schüler haben sich gefreut, dass ihr Projekt in der Sächsischen Zeitung erwähnt wurde.

DAS PROJEKT „SUPPORT FÜR INITIATIVE“ STELLT SICH VOR

Im Januar 2016 startete im Kulturbüro Sachsen e.V. ein neues Projekt. Unter dem Titel „Support für Initiative“ bieten die Mitarbeiter_innen Nina Fridman, Marko Schmidt und Theresa Lux sachsenweit Schulungen für Ehrenamtliche an, die sich in ihrer Stadt oder Gemeinde mit geflüchteten Menschen solidarisieren und ihnen ihre Unterstützung anbieten. In Kooperation mit Partner_innen wie beispielsweise der Evangelisch - Lutherischen Landeskirche Sachsens, demokratischen Initiativen und Vereinen, Verwaltung und Politik bietet das Projekt vor Ort Unterstützung für ehrenamtlich Engagierte an.



Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

Das Bild entstand im Rahmen der Dokumentation einer Unterstützer_innenschulung

Wenn geflüchtete Menschen auf sächsische Landkreise verteilt werden, sind ergänzend zur Beratung und Begleitung durch hauptamtliche Sozialarbeiter_innen auch lokale Unterstützungsstrukturen notwendig. Viele Menschen möchten sich in ihrem Ort oder Stadtteil für geflüchtete Menschen engagieren, sie in ihrem Ort willkommen heißen. Sie verstehen ihr Handeln ebenso als Beitrag, das öffentliche Klima im kommunalen Raum pro Asyl zu beeinflussen. Zugleich stellt dieses Engagement eine Herausforderung dar, die, wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, zu Verunsicherungen führen kann.

Menschen, die Geflüchtete ehrenamtlich begleiten und unterstützen, sollten über grundlegendes Wissen zu Flucht und Asyl verfügen. Die Unterstützer_innenschulungen bieten hierzu eine Orientierung an. Neben Informationen zu Fluchtursachen, dem Asylverfahren und den Lebensbedingungen geflüchteter Menschen in Sachsen bieten die Schulungen einen Raum für Diskussion über Möglichkeiten sowie Grenzen ehrenamtlichen Engagements. Die Unterstützer_innen entwickeln Handlungsoptionen zur solidarischen Arbeit mit geflüchteten Menschen um damit ein demokratisches Miteinander in ihrem Ort zu befördern.

Zudem bieten die Mitarbeiter_innen des Projektes ab Mai 2016 Multiplikator_innenfortbildungen an. Diese Fortbildungen richten sich beispielsweise an hauptamtliche Sozialarbeiter_innen, regionale sowie lokale Koordinator_innen verschiedener Institutionen, Pfarrer_innen oder ehrenamtlich Aktive mit dem Ziel, dass sie perspektivisch ehrenamtliche Unterstützer_innen vor Ort beraten und begleiten sowie an jeweilige Fachstellen weiter verweisen können. Genauere Informationen zu den Inhalten dieser Fortbildungen sind in Kürze auf der Homepage des Projektes verfügbar.

Die Mitarbeiter_innen des Projekts sind außerdem an der Organisation und Durchführung von Fachkonferenzen und Tagungen zu den Themen Asyl und Flucht beteiligt.

Das Projekt „Support für Initiative“ unterstützt damit wichtige Vernetzungsarbeit: zum einen zwischen ehrenamtlichen Unterstützer_innen untereinander und zum anderen zwischen Ehrenamtlichen und Professionellen verschiedener Fachbereiche sowie der Verwaltung zu den Themen Flucht und Asyl.

Nina Fridman
Marko Schmidt
Theresa Lux

Fachstelle Asyl & Migration

DIE MEDIALE GRASWURZELREVOLUTION

Die Kritik an der Medienlandschaft ist traditionell stark. Die Vorwürfe reichen von Unverantwortlichkeit der Medien in der Auswahl der Themen, über einseitige Darstellung komplexer Zusammenhänge bis hin zum Vorwurf, dass es unsachliche Vorführungen einzelner Akteur_innen gibt. In die „Medienschelte“ reihen sich gern kritisierte und zu ihrem politischen Engagement nachgefragte Politiker_innen ein. Fast unbemerkt profilierte sich im Wettbewerb um deutlich konservativ-reaktionär auftretende Medienformate die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit ihrem Chefredakteur Dieter Stein als deren publizistisches Leitmedium. In der andauernden außerparlamentarischen Debatte gelang auch dem Magazin des „Instituts für Staatspolitik“ „Sezession“ und dessen Protagonisten Götz Kubitschek ein deutlicher Zugewinn an Leserschaft, die auf der Suche nach zitationsfähigen Stichworten und Argumenten ist. Der Hochglanzaufttritt des Monatsmagazins „Compact“ des erfahrenen Ideologiejournalisten Jürgen Elsässer konnte sich mit laut Selbstanzeige 120.000 verkauften Exemplaren pro Monat als Politmagazin des „Wutbürgertums“ etablieren.



Foto: kbüro@starosta 2013

Jürgen Elsässer auf der „Compact“-Konferenz „Für die Zukunft der Familie!“, 23.11.2013

Ihre Kampagne für die konformistische Rechtspartei AfD und die Exklusivberichterstattung über die rechtspopulistische Bürger_inneninitiative PEGIDA zeigt deren deutliche Überlegenheit gegenüber der bürgerlichen Presselandschaft, sich auf die Einstellungswelt und Emotionalität der populistischen Gesellschafter_innen einzulassen. In stillem gegenseitigen Einvernehmen grenzen sich die neu am Markt erfolgreichen Medien mit ihren Rezipient_innen von der etablierten bürgerlichen deutschen Medienlandschaft ab. Die seit dem Herbst 2015 wöchentlich in Dresden kolportierten Rufe „Lügenpresse“, „Merkel muss weg“, „Volksverräter“ etc. erhalten in den Auftritten des social media einen bis dato 2015 unvorstellbaren positiven Widerhall und Verbreitung. Das Neue daran ist, dass die Schlagzeilen, Leitartikel und Exklusivberichte von „Compact“, „Junge Freiheit“ und „Sezession“ den Schlagworten einen publizistischen Backround bieten können.

Die Nutzer_innen der Medienangebote der radikalen Rechtskonservativen wurden in Deutschland bisher als schlecht oder wenig organisierte Kleinstparteiengänger_innen wahrgenommen und ließen sich meist ohne größere gesellschaftliche Mühe als nonkonformistische Gesinnungsgänger_innen in das außergesellschaftliche „Extremistenfeld“ verschieben. Spätestens mit der erfolgreichen Rezension und Rezeption des palingenetisch ultranationalen Buches von Thilo Sarazzin „Deutschland schafft sich ab“ waren die „Mitte Studien“ der Friedrich Ebert Stiftung oder auch die Einstellungsforschungen „Deutsche Zustände“ des Institutes für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld in die analoge Wirklichkeit zurückgekehrt. Bereits seit dem Jahr 2000 beschäftigt die Sozialwissenschaftler_innen der Befund, dass es eine satte Zustimmung zu Desintegrationsideen innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft gibt. Mit Erstaunen darf registriert werden, dass ungebrochene Diskriminierungsabsichten unter anderem gegen Frauen, Juden, Nicht-Deutsche oder People of Colour stiller Common Sense sind. Die Veröffentlichungen der rechtspopulistischen Massenmedien und deren social media Formate über die fehlende Debatte zu Diskriminierung in der Demokratie findet erhebliche Zustimmung vor allem in der von ihnen auf die Formel des political correctness getrimmten öffentlichen Tabus. Die Diskussionen um eine Anbiederung in Sprache und Form über selbst auferlegte Sprechverbote bilden ein Forum, das große Schnittmengen und Übereinstimmungen mit konservativen Debatten hat. Peter Sloterdijk wird im Fokus online zitiert: „Wer in Deutschland nicht sozialdemokratisch ist, landet entweder im Irrenhaus oder im Ausland.“

Rechtspopulismus in organisierten und gleichermaßen konformen Formaten blieb bis zur Gründung der AfD in Deutschland aus dem parlamentarischen Betrieb ausgeschlossen. Die Rechtspopulisten der Pro Parteien, der Freiheitsparteien und Neoliberalen Kleinstformate blieben für den parlamentarischen Betrieb nicht wählbar. Anders als in den Nachbarländern Deutschlands gelang es den großen Volksparteien bis zur Gründung der AfD ihre desintegrierenden Radikale an sich zu binden. Im Jahr 2013 scheiterte die AfD noch knapp mit 4,9 Prozent am Einzug in den Deutschen Bundestag. Bei den in den Jahren 2014, 2015 und im März 2016 stattgefundenen Landtagswahlen wurden in West- wie in Ostdeutschland mehrere Abgeordnete der AfD mandatiert. Die deutsche politische Realität erreicht somit der europäische Trend, der in Dänemark, Österreich oder auch Frankreich bereits seit Ende der 90er Jahre anhält.

In der „Sezession“, der „Jungen Freiheit“, „PI News“ oder dem Wutbürger-Magazin „Compact“ stellten die Verantwortlichen die Zeichen auf einen nunmehr unabwendbaren und notwendigen gesellschaftlichen Wandel, der durch die Desinformation einer staatlich kontrollierten Medienlandschaft kein öffentliches Echo und Darstellung findet. Die Empörung der Stuttgart21-Gegner_innen, das verbrecherische Wirken des Netzwerkes Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), die rassistischen Entladungen gewaltbereiter Fußballanhängerschaften, die Meute der PEGIDA-Spieler werden in ihren Beiträgen zum sicheren Zeichen des Untergangs umgedeutet. Sie erheben das inhaltliche Niveau der Stammtische in den publizistischen Raum und werden dafür als einzig wahre Medienvertreter der demokratiekritischen/-feindlichen/-distanzierten bürgerlichen Strömungen gefeiert.

Mit prophetischen Posen üben die „neuen rechten“ Medienmacher Einfluss auf eine stetig zunehmende Leserschaft aus und geben deren Kulturchauvinismus kontinuierlich Nahrung. Aus der Diskussion, dass doch alles letztlich umsonst und dem Untergang geweiht sei, werden geschickt die kämpferisch schöpferischen Thesen einer kommenden gerechten „konservativen“ Welt eingestreut. Den Rezipient_innen werden die Ideen von Oswald Spengler und Carl Schmitt in modernisierter und auch unveränderter Weise als Visionen entwickelt, die notwendigerweise real werden müssten, damit es einen neuen Aufschwung, eine neue ungeahnte Welle Reichtums geben könne. Die Bedingungen für einen solchen Wandel diskutieren „Junge Freiheit“, „Sezession“ oder auch „Compact“ anhand tagesaktueller politischer Konflikte. Der Stil ist antidemokratisch, die Argumentationen wiederholen sich. Immer wieder wird das Mantra der Dekadenz von Eliten und Gesellschaft bemüht. Die Gesellschaft sei von einem „68er Ungeist“ verführt, die deutsche Bevölkerung in Zielen und Reproduktion fehlgeleitet und ihre Eliten Vasallen deutschenfeindlicher ausländischer Mächte.

EIN PRODUKTIVER UND PUBLIZIERENDER GESELLSCHAFTER

Anhand des Werdegangs von Felix Menzel, einem der einflussreichen Redakteure der konformistischen „Neuen Rechten“, lassen sich exemplarisch und außergewöhnlich gut alle Motivationen und politische Absichten zeigen. Er selbst ist Jahrgang 1985. Seine publizistische Biografie beginnt mit der Gründung der Zeitschrift der Chemnitzer Pennäler-Burschenschaft „Blaue Narzisse“. Mit der Ausschreibung des „Michel-Houellebecq-Jugendkulturpreis“ über seine von ihm als Chefredakteur verantwortete Jugendzeitschrift „Blaue Narzisse“ im Jahr 2014 und das noch vor dem Erscheinen von Houellebecqs diskopischen Roman „Unterwerfung“, zeigte er sein äußerst geschicktes publizistisches Gespür für die neue rechte „Volksseele“. Die noch bis in das Jahr 2014 im Sächsischen Landtag sitzende NPD hatte nie diesen Zugang zu der von ihr so sehnsüchtig beschworenen seriösen Radikalität.

Menzel ist in Chemnitz politisch sozialisiert worden. In Chemnitz und Umgebung hatte sich seit den 1990er Jahren mittels der Blood & Honour (B & H) Organisation die regionale Kameradschaftsszene einen anerkannten führenden Status in der bundesweiten Bewegung erworben. Bis heute sind in Chemnitz zahlreiche Akteur_innen der Nachfolgeorganisation der Deutschen Sektion von B & H politisch aktiv. Es ist heute bewiesen, dass die Terrorist_innen des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in der Region Chemnitz über ein breites Unterstützer_innen-Umfeld verfügten. Nach wie vor sind PC Records und das Umfeld der Nazimusikproduzenten in Chemnitz tätig und werden als Zentrum der Produktion von Nazimusik in Deutschland verstanden.

Menzel wird in seinem politischen Werdegang in Chemnitz offensichtlich vom Habitus und den politischen Aktionsformen einer radikalen und gewaltförmigen neonazistischen Szene umgeben. Seine politische Idee orientiert sich an der sich selbst so verstehenden radikalen konservativen Elite. So ist er bald Mitwirkender der Subversiven Konservativen Aktion. Diese entfaltet ihre Wirksamkeit in ihrer Fähigkeit, Anerkennung ihrer Kampagnen auch im kon-

formen konservativen Milieu zu bekommen. Menzel hatte schon zu diesem sehr frühen Zeitpunkt mehr Erfolg in der Verbreitung und Rezeption in breiten bürgerlichen Kreisen, als die klassischen Fanszine-Hefte der subkulturellen rechten Szene wie z.B. „Weisser Wolf“ oder „Foier Frei“, die auch aus deren clandestinem Selbstverständnis heraus keine bedeutenden Verbreitungen erfahren wollten. Die mit mehr Auflagen produzierten Veröffentlichungen wie „Funkenflug“ des inzwischen verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend e.V. oder die von der JN herausgegebene „Hier und Jetzt“ erreichte in Stil und Themenwahl nie eine breite gesellschaftliche Öffentlichkeit außerhalb ihrer Organisationen und Klientel. Die NPD hatte mit den Produktionen der Schulhof-CD und von Schüler_innenmagazinen eine deutliche Kursänderung in der Adressat_innenschaft vollzogen. Allerdings waren sie weder inhaltlich noch vom Sprachvermögen her in der Lage, auf diese zuzugehen.

Menzel kultivierte in der „Blauen Narzisse“ genau die seriöse Radikalität in Sprache und Stil, die den nonkonformistischen Rechten als Forderung anstand. Mit dem Rückgriff auf die radikale Kritik der Konservativen Feinde der Weimarer Republik gelang ihm die Verknüpfung politischer Überzeugungen und Statements von bürgerlichen Politiker_innen mit den vom Common Sense getragenen Gewährnissen deutschnationaler rechter Überzeugungsgewissheit der Burschenschaften und der Stammtischanalyse der Gesellschaft durch das Wähler_innenklientel von ProChemnitz und NPD. Deren Kritik an Parlamentarismus und repräsentativer Demokratie, der Sehnsucht nach einer ermächtigtsten und starken Führung durch eine bürgerliche Elite und einer starken deutschen Nation transformierte er geschickt in eine moderne Sprache und erzeugte so einen Aha-Effekt. Den demokratiedistanzierten oder auch -feindlichen Strömungen der bürgerlichen Gesellschaft wachsen mit den Forderungen der Konservativen Revolution der zwanziger und dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts Argumentationen und Zitatenkartelle zu, die die eigenen Ressentiments und Berührungsängste als eine vermeintliche rationale und legitimierte Alternative zu Rassismus und völkischem Denken erscheinen lassen. Aus dieser „Wir sind ja keine Nazis“- Quellengenese erwachsen ihre politischen Motivationen: die Wiedergeburt eines elitären bürgerlichen Konservatismus. Dessen wesentliche Argumentationen erreichen Querfronten in vielen bürgerlichen politischen Kreisen, die selbst von einem Wechsel hin zu einer Mandativen Demokratie als besserer gesellschaftlicher Alternative überzeugt sind. Sie diskutieren offen über einen Wettstreit nationaler Tugenden, die den Deutschen durch Überfremdung angeblich verloren gingen. Unisono bindet die konformistische „Neue Rechte“ Zuwanderung an ein wirtschaftliches Primat, an Nützlichkeit als Abwehr gegen Einwanderung. Den bisherigen Höhepunkt der Ultrationalen und ihrer Verschwörungsphantasien bildet deren Debattenvokabel des „Christlich-jüdischen Abendlandes“. In diesem Konstrukt sind dann beliebig Ressentiments gegen Dritte zu finden. In dieser Melange ist das SPD-Mitglied Sarrazin wichtiger Stichwortgeber und das SPD-Mitglied Heinz Buschkowky normalisierte in dieser Querfront bürgerlich elitärer Weltsicht den pragmatischen Aktionismus als früherer Bürgermeister in Berlin-Neukölln. In den Kreisen der anderen Parteien wird von Superrechten deutscher Arbeitnehmer fabuliert, wie etwa von Sarah Wagenknecht, MdB der Partei Die Linke. Die praktische Politik in der Trans-

formationsgesellschaft unter dem seit 1990 anhaltenden Diktat der konservativen CDU/CSU gegen Einwanderung und die Propagierung eines so untauglichen Populismus, wie der Erfindung einer angeblichen „Deutschen Leitkultur“, radikalieren diese Strömungen in gleicher Weise, wie sie diese normalisieren. So ist die Gesellschaft, wird sie an den Themen Einwanderung, Menschenrechte, Rassismus gemessen, eine insgesamt radikalere geworden.

Menzel und seine journalistische und publizistische Tätigkeit wird mit dem von ihm am 1. Juli 2013 gegründeten „Zentrum für Jugend, Identität und Kultur“ in Dresden überregional bekannt. Seine Netzwerke entfalten sich nunmehr über Protagonisten wie Kubitschek, der ihn beim „Institut für Staatspolitik“ mitwirken lässt. Der Kreis konformistischer „neurechter“ Intellektueller wird für ihn zunehmend Identifikationskreis und Wirkungsdimension. So ist er sowohl als Autor für die „Sezession“, die „Junge Freiheit“ als auch für das Magazin „Compact“ tätig. Seine Seminare und Beiträge heißen nicht „Deutschland den Deutschen“ oder „Ausländer raus“. Menzel, Stein, Elsässer und Kubitschek publizieren über die „erodierende deutsche Kultur“ und „fehlende Identität“.

Allen europäischen Rechtspopulisten ist die aktuelle Politik der EU in Sachen Asyl ein wichtiges Anliegen. Noch 2011 waren es die Themen um eine fabulierte Islamisierung, die das Wesen der Argumentationen ausmachten. Inzwischen ist die Islamisierungskampagne zugunsten einer strikten Ablehnung von Einwanderung gewichen.

In den aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussionen werden die Argumentationen der Gegner_innen von Einwanderung und Asyl entlang kulturchauvinistischer Überzeugungen vorgetragen. Die Sprecher_innen solcher Überzeugungen sind oft gleichermaßen Gegner_innen von gleichberechtigter Teilhabe und Gleichwertigkeit diverser Lebensumstände und Lebensentwürfe.

Danilo Starosta
Fachstelle Jugendhilfe



Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

Am 15. April 2016 veranstalteten der Bundesverband Mobile Beratung, dem das Kulturbüro Sachsen e.V. angehört und die Heinrich-Böll-Stiftung die Tagung „Schön deutsch? Zivilgesellschaftliche Ansätze in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit“ in Dresden. Mehr als 150 Menschen aus Initiativen, Verwaltung und Politik nahmen an dieser Veranstaltung teil.

TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

GERMANY CLOSE UP. AMERICAN JEWS MEET MODERN GERMANY



Foto: Peter Groth

„Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ veranstaltet in enger Kooperation mit der Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum ein Begegnungsprogramm für junge Jüd_innen aus den USA. Seit 2007 bekamen rund 1.700 junge Menschen die Chance, aktuelle gesellschaftliche Debatten in Deutschland kennenzulernen.

Im November 2015 besuchte eine Gruppe im Rahmen dieses Programmes Leipzig. Neben einer Besichtigung der Galerien der Leipziger Baumwollspinnerei bestand bei den Teilnehmer_innen der Wunsch, sich mit den Auswirkungen von Rassismus und organisierter Naziszene auseinanderzusetzen. Mit diesem Anliegen traten die Organisator_innen an das Mobile Beratungsteam Nordwest des Kulturbüro Sachsen e.V. heran. In Vortrag und Diskussion wurde die Entwicklung von Neonazismus in Sachsen seit den 90er Jahren bis hin zu den Verbindungen zum Rechtsterrorismus im Umfeld des NSU beleuchtet. Ebenso kamen die aktuellen rassistischen Proteste und Übergriffe im Zusammenhang mit Migration, Flucht und Asyl zur Sprache. Viele Nachfragen und Äußerungen verdeutlichten, dass dieses für die Teilnehmer_innen bisher relativ unbekanntes Thema auf großes Interesse stieß. Aufgrund des positiven feedback signalisierten die Organisator_innen den Wunsch nach weiteren Veranstaltungen bei künftigen Gruppen.

Franz Hammer
Mobiles Beratungsteam Nordwest

NETZWERKTAGUNG „ASYL IN SACHSEN“

Zum vierten Mal fand die Tagung „Asyl in Sachsen“ am 6. und 7. November 2015 an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) in Leipzig statt. An der zweitägigen Veranstaltung nahmen insgesamt rund 190 Menschen teil. Erfahrungsaustausch und Vernetzung von Menschen und Initiativen, die sich in Sachsen für geflüchtete Menschen engagieren, waren das zentrale Anliegen.

Die Vorträge von Andreas Lipsch, Vorsitzender von Pro Asyl und Anna Nikolenko, Bildungsreferentin der LAG pokuBi zum Konferenzauftakt verdeutlichten einen Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik: Weg von einer Menschenrechtsorientierung mit einer humanitären Verpflichtung hin zu einer Politik der Abschreckung.

Aus Sicht der Referent_innen und vieler Teilnehmer_innen besteht daher die Notwendigkeit, rassistuskritische und an den Menschenrechten orientierte Perspektiven auf die Themen Flucht und Asyl in den öffentlichen Diskursen zu stärken, um die Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft zu meistern. Dieses Thema vertiefte Berenice Böhlo, Rechtsanwältin und Mitglied von Pro Asyl in ihrem Input am zweiten Konferenztag.



Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.



Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

In fünf thematischen Workshops setzten sich die Teilnehmer_innen mit den Auswirkungen des Dublin III Verfahrens, der Willkommenskultur an Schulen, den Problemen der Zusammenarbeit von Verwaltung und Ehrenamt sowie mit Konzepten der Unterbringung und Integration von Schutzsuchenden auseinander. Daneben nutzten die anwesenden Vertreter_innen von Initiativen, Vereinen, Kommunalverwaltungen und aus dem Bereich der sozialen Arbeit mit Geflüchteten intensiv die angebotenen Vernetzungsrunden zum Erfahrungsaustausch. Ein alarmierendes Problem sind Beschreibungen sich häufender Bedrohungen und Übergriffe in allen Regionen Sachsens, die sowohl Geflüchtete selbst als auch in zunehmenden Maße jene betreffen, die diese unterstützen.

Parallel zur Konferenz fand im Rahmen des Projektes „Empowerment von Refugees“ ein Workshop statt, in dem Aktive aus dem Netzwerk Asylum Seekers Movement mit anderen Initiativen über Herausforderungen für geflüchteten Menschen in Sachsen und Deutschland diskutierten. Die Veranstalter_innen der Konferenz – die RAA Sachsen e.V., der Sächsische Flüchtlingsrat e.V., Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V. und das Kulturbüro Sachsen e.V. begleiteten die Konferenz mit einem politischen Statement, das von einer Vielzahl der Konferenzteilnehmer_innen unterstützt wurde.

Solvejg Höppner
Mobiles Beratungsteam Nordwest

FORTBILDUNG SPORT: GUTE ZUSAMMENARBEIT MIT DEM WESTLAUSITZER FUSSBALLVERBAND E.V.

Am 23. Januar 2016 fand in Ottendorf-Okrilla ein Workshop zum Thema „Neonazistische, rassistische und antisemitische Erscheinungen im Sport und Handlungsmöglichkeiten“ statt.



Foto: Dr. Lars Großmann

Trotz des plötzlich einsetzenden Wintereinbruchs fanden neun Teilnehmer den Weg nach Ottendorf-Okrilla und konnten das Thema in entspannter Runde mit den beiden Referent_innen erarbeiten. Hierbei spielte auch speziell der Fußballsport in der Westlausitz eine Rolle. Besonders interessant war für alle Teilnehmer_innen die offene Diskussion über Vorkommnisse der vergangenen Jahre und Monate sowie die Einordnung von Symbolen und Zeichen aus dem neonazistischen Spektrum. Für die Teilnahme werden acht Lerneinheiten zur Verlängerung der C- und B-Lizenz angerechnet.

Dr. Lars Großmann
Qualifizierungsausschuss Westlausitzer Fußballverband e.V.

Petra Schickert und Markus Kemper bedanken sich besonders beim Geschäftsführer des Verbandes, Herrn Sinde, für das Zustandekommen der Fortbildung und dafür, dass das Trainingsmodul des Kulturbüro Sachsen e.V. Anfang des Jahres vom Sächsischen Fußballverband zur Verlängerung der C- und B-Lizenz anerkannt wurde.

FORTBILDUNG FÜR BERATUNGSLEHRER_INNEN



Foto: Vanessa Simmchen

Petra Schickert und Markus Kemper vom Mobilem Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen e.V. leiteten am 09. Februar 2016 einen Tagesworkshop für Beratungslehrer_innen aus Sachsen im Auftrag des Sächsischen



Foto: Vanessa Simmchen

Bildungsinstitutes zum Thema „Neonazistische, rassistische und antisemitische Erscheinungen und Handlungsmöglichkeiten“. Hierbei lernten die Lehrer_innen unter anderem das Erkennen von solchen menschenfeindlichen Botschaften in Symbolen, Codes und Bekleidung. In kleinen Gruppen konnten sie an verschiedenen Fallbeispielen Handlungsstrategien gegen Rassismus in der Schule erarbeiten. Sie entwickelten Lösungen, wie man als Lehrer_in z.B. mit rassistischen Äußerungen auf dem Schulhof umgeht oder auf menschenfeindliche Symbole von T-Shirts reagieren kann. Der Austausch zwischen den Lehrer_innen war deshalb sehr hilfreich und konstruktiv, da ein Teil der Lehrer_innen in sogenannten Vorbereitungsklassen, in denen Deutsch als Zweitsprache vermittelt wird, unterrichtet und somit deren Erfahrungen mit den anderen teilen konnte.

Vanessa Simmchen
Praktikantin Mobiles Beratungsteam Mitte-Ost

WILLKOMMEN UND INTEGRATION. PERSPEKTIVEN FÜR DEN SCHULISCHEN ERFOLG VON GEFLÜCHTETEN KINDERN IN SACHSEN



Foto: Nico Leonhardt

In Kooperation mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Sachsen (GEW) und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung veranstaltete das Kulturbüro Sachsen e.V. am 20. Februar 2016 in Dresden einen Fachtag, um das Thema Willkommenskultur an sächsischen Schulen stärker in den Blick zu nehmen. Hintergrund waren Probleme an verschiedenen sächsischen Schulen, welche rassistisch aufgeladene, gesamtgesellschaftliche Konflikte um die Integration geflüchteter Menschen widerspiegeln. Bundesweit medial bekannt wurde das Beispiel der Angriffe auf Kinder einer Vorbereitungsklasse an einer Würzener Schule im Dezember 2015.

Im Rahmen des Fachtages konnten aus Perspektive der GEW und des Kulturbüros Sachen e.V. Probleme bei der Integration von Kindern und Jugendlichen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, auf verschiedenen Ebenen aufgezeigt werden. Wiebke Saalman vom Sächsischen Bildungsinstitut stellte die konzeptionellen Rahmenbedingungen für den Spracherwerb in Sachsen vor. Diese sind in Sachsen vorbildlich, jedoch stellt deren praktische Umsetzung gerade im ländlichen Raum und unter den derzeitigen Bedingungen die Schulen vor große Herausforderungen.

Birgit Witte vom ÖkoHaus e.V. (Rostock) referierte über die gute Zusammenarbeit nichtstaatlicher Einrichtungen mit staatlichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, die das Gelingen einer schnellen Integration der Schüler_innen befördert.

In den anschließenden Workshops setzten sich die rund 80 Teilnehmer_innen intensiv mit den Rahmenbedingungen, Willkommenskultur an Schule und den verschiedenen Konzepten von Mehrsprachigkeit in der Bundesrepublik auseinander.

Franz Hammer
Mobiles Beratungsteam Nordwest

PUBLIKATIONEN

JOHANNES LICHDİ (HG.): DARF DIE NPD WEGEN TATEN PARTEILOSER NEONAZIS VERBOTEN WERDEN? ERKUNDUNGEN ZU RASSISTISCHEN AKTEUREN IN OSTDEUTSCHEN REGIONEN UND DEN FOLGEN EINES NPD-VERBOTS.



Anfang März 2016 verhandelte das Bundesverfassungsgericht zunächst für drei Tage über den Verbotsantrag des Bundesrats gegen die NPD. Die Beiträge dieses im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und der Amadeu-Antonio-Stiftung von Johannes Lichdi herausgegebenen Bandes erkunden die Argumentationslinien des Verbotsantrags

aus verfassungsrechtlicher, sozialwissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Sicht. Sie zeichnen sich durch einen komplexen und erfahrungsgesättigten Analyseansatz unter Einbeziehung historischer und sozio-ökonomischer Ansätze aus. Außerdem beleuchten sie das Verhalten staatlicher Behörden und örtlicher Amtsträger und klären beispielhaft Einzelereignisse auf. Dabei tritt insbesondere die entscheidende Rolle der Träger des staatlichen Gewaltmonopols und politischer Akteure vor Ort ans Licht. Der Band enthält unter anderem auch einen Beitrag des Kulturbüro Sachsen e.V. zur Relevanz von Freital und Heidenau im NPD-Verbotsverfahren.

Die Publikation ist kostenfrei online als pdf-Dokument erhältlich: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/02/npd-verbot_online-version_2016-03-02.pdf

ÖKUMENISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT „KIRCHE FÜR DEMOKRATIE – GEGEN RECHTSEXTREMISMUS“ (HG.): NÄCHSTENLIEBE LEBEN. KLARHEIT ZEIGEN. HANDREICHUNG FÜR GEMEINDEN ZUM UMGANG MIT RECHTSRADIKALITÄT UND FREMDENFEINDLICHKEIT.

NÄCHSTENLIEBE
LEBEN.

KLARHEIT
ZEIGEN.



Die Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“ – so der neue Name –, in der das Kulturbüro Sachsen e.V. von Beginn an vertreten ist, veröffentlichte im März 2016 anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens eine neue Broschüre. In aktuellen Beiträgen geben die Autor_innen – Vertreter_innen christlicher Kirchen, Gemeinden und im Themenfeld Demokratieentwicklung tätiger Institutionen, darunter auch Mitarbeiter_innen des Kulturbüro Sachsen e.V. – aus theologischer, politischer oder praxisnaher Perspektive ihr Wissen in den Themenbereichen Neonazismus und Rassismus sowie der Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen weiter. Die umfangreiche Handreichung wird Gemeinden, Initiativen und Gruppen dienlich sein, eigene Standpunkte zu finden oder zu festigen, Argumente zu formulieren und Motivation für Aktivitäten zu entwickeln.



Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

Am 15. April 2016 fand ein Fachtag unter der Überschrift „KITA – Schutzraum vor Gesellschaft und Politik?“ in Dresden statt. Diese Veranstaltung wurde von der Fachstelle „Jugendhilfe - Demokratie Werte gegen Rechtsextremismus“ des Kulturbüro Sachsen e.V. in Kooperation mit dem Jugend und Sozialwerk gGmbH veranstaltet. Mehr als 200 Menschen aus dem Kita-Bereich nahmen teil.

DIE PARLAMENTARISCHE PRAXIS DER AfD IN DEN KOMMUNALPARLAMENTEN SACHSENS

Anna Gorskih und Michael Nattke erarbeiteten für das Kulturbüro Sachsen e.V. und die Heinrich-Böll-Stiftung einen Artikel zur Alternative für Deutschland (AfD). Die Analyse der parlamentarischen Praxis der AfD in der Kommunalpolitik Sachsens wurde anhand der exemplarischen Auswertung ihrer Arbeit in zwei Kreistagen und zwei Stadträten untersucht. In den Blick nahmen die Autor_innen Themen und Arbeitsweise der Mandatsträger_innen, die Stabilität der Fraktionen, den Umgang anderer Fraktionen mit der AfD sowie die Herkunft und die Standpunkte der einzelnen AfD-Kommunalpolitiker_innen.

Der Artikel ist kostenfrei in einem Online-Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung unter dem Titel „Die ‚Alternative für Deutschland‘ - Gekommen um zu bleiben?“ erhältlich.

STEFAN FEHSER: EINE GESPALTENE STADT. POSITIONEN DER DRESDNER BEVÖLKERUNG ZUM THEMA ASYL.

Eine Forschungsgruppe des Lehrstuhls für Methoden der empirischen Sozialforschung am Institut für Soziologie der TU Dresden hat eine repräsentative Befragung der Dresdner Bevölkerung durchgeführt. Wie stehen die Dresdner_innen den Asylsuchenden gegenüber? Was ist wirklich dran, wenn es auf PEGIDA-Demonstrationen heißt: „Wir sind das Volk“? Welche Erklärungen finden sich für den Hass in der lokalen Bevölkerung? Und gibt es nicht auch ein anderes Dresden? Wie viele sind bereit zu helfen und sich für Geflüchtete einzusetzen?

Am 21. Oktober 2015 wurden die Ergebnisse der Studie durch das Kulturbüro Sachsen e.V. vor mehr als 140 interessierten Teilnehmer_innen erstmals der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Studie ist kostenfrei online als pdf-Dokument erhältlich: http://www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/Studie_Asyl_Dresden%202015.pdf

DAS KULTURBÜRO SACHSEN E.V.

LEITBILD¹⁵ DES KULTURBÜRO SACHSEN E.V. UNS INTERESSIERT VERÄNDERUNG



Foto: Photocase.com

Seit vielen Jahren engagieren sich Menschen in Initiativen mit dem Ziel, eine lebendige, demokratische Zivilgesellschaft zu entwickeln. Die Menschenrechte sind ihre Orientierung. Uns interessieren Veränderungen aus der eine emanzipatorische Gesellschaft weiter erwachsen kann. Diese Vision leitet unsere Überlegungen und unser Handeln im Alltag.

Wir setzen uns für eine lebendige Demokratie ein. Sie benötigt und ermöglicht eine gleichberechtigte, öffentliche Streitkultur und die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen. Die Durchsetzung der Menschenrechte für Alle ist Grundvoraussetzung.

Ideologien der Ungleichwertigkeit bedrohen die demokratische Gesellschaft in ihren Fundamenten. Ziel unserer Angebote ist es, jeglicher Abwertung von Menschen entgegen zu treten, sei es auf Grund zugeschriebener oder tatsächlicher Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexueller Identität oder sozialem Status.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Migrationsgesellschaft. Diese Sichtweise zu stärken, betrachten wir als unseren Auftrag. Für uns als Kulturbüro Sachsen e.V. heißt das, den Weg zur strukturellen, inhaltlichen und personellen Öffnung zu gehen.

Seit 2001 sind wir Teil von sachsenweiten, überregionalen und europäischen Netzwerken. Die Akteur_innen eint, die Gesellschaft auf der Basis emanzipatorischer Vorstellungen zu verändern. In der kritischen Auseinandersetzung innerhalb dieser Netzwerke entwickeln wir die Standards und das Know How prozessorientierter Beratung. Dieses Wissen und diese Erfahrungen fließen in die regionale und bundesweite Qualitätsentwicklung ein und sichern die Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Perspektiven.

Unser Team vereint unterschiedliche berufliche Kompetenzen. Wir sind bewusst interdisziplinär aufgestellt, da verschiedene Perspektiven zu kreativen Ansätzen und Lösungen führen können. Wir begleiten mit diesem Ansatz Akteur_innen bei der Gestaltung demokratisierender Prozesse und ermutigen sie, sich für ihre Belange einzusetzen. Denn die Menschen vor Ort sind Expert_innen in eigener Sache. Die Grundprinzipien unserer Arbeit sind ein respektvoller Umgang miteinander und die Bereitschaft aller Beteiligten zu bewältigen. Transparenz ist die Basis unserer Arbeitsprozesse.

Wir schätzen die Erprobung neuer Wege, Konfliktfähigkeit und Fehlerfreundlichkeit als Rahmenbedingungen für Veränderung von Gesellschaft im Dialog.

Wir arbeiten in allen Regionen Sachsens und verfügen über lokale, regionale und auch bundesweite Expertisen. Unser Angebot ist parteipolitisch und religiös unabhängig. Es richtet sich an alle Menschen, Kommunen, Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften, Kinder-, Jugend- und Bildungseinrichtungen, Initiativen, Vereine und Bündnisse, deren Anliegen wir mit ihnen gemeinsam zu bedarfsgerechten Ideen und Konzepten entwickeln. Das können sein:

- Prozessorientierte Beratung;
- Analysen und Recherchen;
- Moderation und Konfliktmanagement;
- Informationsweitergabe und -vermittlung;
- Erarbeitung, Begleitung und Umsetzung lokaler Strategien;
- Planung sowie Durchführung von Veranstaltungen und Projekten;
- Fortbildungen, Curricula und Dokumentationen

Unser Leitbild wurde am 26. Mai 2016 der Mitgliederversammlung vorgestellt und vom Vorstand beschlossen.

15 - Unser Leitbild wurde im Oktober 2015 überarbeitet und aktualisiert.

ANSPRECHPARTNER_INNEN IM KULTURBÜRO SACHSEN E.V. GESCHÄFTSSTELLE

Bautzner Straße 45
01099 Dresden

Geschäftsführung

Grit Hanneforth
Telefon: 0351 - 272 14 90
buero@kulturbuero-sachsen.de

Fachreferent

Michael Nattke
Telefon: 0351 - 563 555 39
michael.nattke@kulturbuero-sachsen.de

Verwaltung, Büro- und Projektmanagement

Liane Römmermann
Telefon: 0351 - 32 33 659
liane.roemmermann@kulturbuero-sachsen.de

Projekt: Neunzehn Namen aus Neunzehntausend

Tim Hexamer
Telefon: 0351 - 500 54 16
tim.hexamer@kulturbuero-sachsen.de

MOBILE BERATUNG

Mobiles Beratungsteam

Regionalbüro Mitte-Ost
Markus Kemper / Petra Schickert
Telefon: 0351 - 810 696 80
mbt.mitte-ost@kulturbuero-sachsen.de

Mobiles Beratungsteam

Regionalbüro Nordwest
Franz Hammer / Solvejg Höppner
Telefon: 0341 - 25 668 000
mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de

Mobiles Beratungsteam

Regionalbüro Südwest
Jens Paßlack / Jane Felber
Telefon: 0371 - 278 15 65
mbt.suedwest@kulturbuero-sachsen.de

VORSTAND

Matthias Klemm
Johanna Stoll
Achim Wesjohann

EMPOWERMENT & GEMEINWESEN

Projekt: DiadEM – Diversity und Empowerment

Susanne Feustel / Ina Lorenz
Telefon: 0351 - 563 556 30
junge-demokratie@kulturbuero-sachsen.de

FACHSTELLE JUGENDHILFE

Demokratiewerte gegen Rechtsextremismus

Julia Schuster / Danilo Starosta
Telefon: 0351 - 563 556 30
daniilo.starosta@kulturbuero-sachsen.de

FACHSTELLE ASYL & MIGRATION

Projekt: Support für Initiative

Marko Schmidt / Nina Fridman / Theresa Lux
Telefon: 0351 - 810 696 81
support@kulturbuero-sachsen.de

UM DIESES ENGAGEMENT AUCH ZUKÜNFTIG ABZUSICHERN, BRAUCHT ES NEBEN DEN ZUWENDUNGEN AUS DEN FÖRDERPROGRAMMEN AUCH DIE UNTERSTÜTZUNG VON PRIVATPERSONEN UND UNTERNEHMEN. UNSERE FÖRDERGELDER KÖNNEN NUR DANN ABGERUFEN WERDEN, WENN DER VEREIN BEACHTLICHE EIGENMITTEL ERBRINGT. HINZU KOMMT, DASS MIT KLAR PROJEKTGEBUNDENER FÖRDERUNG NICHT FLEXIBEL AUF AKTUELLE ENTWICKLUNGEN UND EREIGNISSE REAGIERT WERDEN KANN.

DESHALB: UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT EINER SPENDE

IBAN: DE 288 5020 500000 3587 301
BIC: BFSWDE33DRE

Inhaber: Kulturbüro Sachsen e.V.
Verwendungszweck: Demokratieentwicklung

Wenn es Ihnen ein Anliegen ist, unsere Tätigkeit eher längerfristig zu begleiten und zu befördern, dann denken Sie darüber nach, ob eine Fördermitgliedschaft in unserem Verein die Variante ist, die besser zu Ihren Zielen und Ansprüchen passt.

Wir danken Ihnen für Ihre Spende!
Ihr Kulturbüro Sachsen e.V.
www.kulturbuero-sachsen.de

NEWS UPDATE



IMPRESSUM

Redaktion:
Kulturbüro Sachsen e.V.

Geschäftsstelle
Bautzner Straße 45
01099 Dresden

Geschäftsführung
Grit Hanneforth
Telefon: 0351 - 272 14 90
buero@kulturbuero-sachsen.de

Mai 2016
Layout: HAMMERGEIGEROT